

DIE GROSSE ALLIANZ FÜR DEN INDUSTRIESTROMPREIS STEHT

Dann profitiert das ganze Land!



Kupfer Aluminium, und Stahl: Metallurgie ist energieintensiv

Hannover/Berlin/Hamburg // Eine von der IGBCE maßgeblich mit auf den Weg gebrachte Allianz aus Gewerkschaften und Industrieverbänden warnt vor der Abwanderung energieintensiver Firmen. Das Bündnis will den Druck zur Einführung eines Industriestrompreises erhöhen. „Die Zeit drängt: Für Deutschlands Industrie steht die Uhr auf fünf vor Zwölf“, heißt es in einem Schreiben an die Regierungschefs der Länder. Diese sollten ihren Einfluss in Bundesrat und Bundestag geltend machen, um die Bundesregierung von der Notwendigkeit eines zeitlich begrenzten „Brückensstrompreises“ zu überzeugen – mit womöglich ebenso positiven Auswirkungen auf den Gaspreis.

Innerhalb der Bundesregierung gibt es Streit um einen staatlich subventionierten Industriestrompreis. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) will für eine Übergangsphase einen „Brückensstrompreis“ von sechs Cent je Kilowattstunde für besonders energieintensive Betriebe.

Auch die SPD-Fraktion will das. Die FDP lehnt einen Industriestrompreis ab, wie auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD).

Seite 3: Interview mit Ministerpräsident Stephan Weil: „Transformationsstrompreis mit sieben Cent pro Kilowattstunde für zehn Jahre“



IGBCE-Chef Michael Vassiliadis (Bild) sagte, die energieintensiven Branchen stünden am Anfang nahezu aller industriellen Wertschöpfungsprozesse und seien deshalb ein zentraler Faktor für die Transformation der Industrie. „Ihren Exodus können wir uns weder gesellschaftlich, noch volkswirtschaftlich oder klimapolitisch leisten.“ Derzeit Sorge das hohe, mittel- und langfristig unkalkulierbare Strompreinsniveau dafür, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie akut und zunehmend gefährdet werde. Und: „Was sich heute noch nicht unmittelbar bemerkbar macht, droht morgen zum leisen Abschied der wirtschaftlichen Basis unseres Wohlstands zu werden. Verlagerungen, Standortschließungen und Massenentlassungen stehen bevor.“

In dem Schreiben der Gewerkschaften und Industrieverbände heißt es, ein Brückensstrompreis koste zwar kurzfristig Geld. „Der Verlust energieintensiver Industrien in den kommenden Jahren wäre aber ungleich kostspieliger für den Staat, die sozialen Sicherungssysteme, uns alle.“ Bis zu 2,4 Millionen Arbeitsplätze und gut 240 Milliarden Euro Wertschöpfung hingen direkt und indirekt an den Unternehmen der energieintensiven Branchen.

IN DIESEM REPORT

Seite 2:

- BR-Netzwerk Stade: Entwicklungskonzept auf den Weg gebracht
- Allnex: Immer mehr Unterstützung in der Politik
- Immer mehr, immer wichtiger: Rechtsschutz

Seite 5:

- Kommt das Verbandsklagerecht für Betriebsräte?

Seite 6:

- Große Aktionen: IGBCE-Jugend zeigt Flagge

SHELL-BETRIEBSRAT ERSTREITET NEUES URTEIL ZU AT

Hamburg // Nun gibt es rechtliche Sicherheit! Das Landesarbeitsgericht Hamburg hat auf Antrag der Shell-Betriebsräte letztinstanzlich entschieden: Für den AT-Bereich sind in Konzernen die lokalen Betriebsräte und nicht der Gesamtbetriebsrat zuständig. Erstritten haben den Einspruch Corinna Dohrendorf und Susmit Banerjee.

Interview mit den beiden auf Seite 5

WERBEN & GEWINNEN!



Endlich wieder Kino!

Komm mit in die Astor Film Lounge Hafen City mitten in Hamburg und genieße einen herrlichen Abend vor großer Leinwand mit Popcorn, Getränken und Fingerfood. **Seite 7**

GERADE JETZT BESONDERS STARK SEIN – WARUM?



*Liebe Kolleginnen
und Kollegen,*

eins ist sicher: Euch muss ich nicht davon überzeugen, bei uns Mitglied zu sein.

Aber ich bitte euch, noch mehr dafür zu tun, zögernde Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass der – im übrigen steuerlich absetzbare – IGBCE-Beitrag gut angelegtes Geld ist, gerade jetzt.

Es gibt viele Vorteile. Auch zum Nachlesen und als Argumentationsfutter berichten wir in diesem „Report“ als Schwerpunkt über den Rechtsschutz im Bezirk – und über einen spektakulären Erfolg unserer Kolleginnen und Kollegen von Shell Deutschland beim Landesarbeitsgericht Hamburg. Versicherungen versichern immer nur die Zukunft. Und da ist es gerade jetzt gut, bei und mit uns als Gewerkschaft zu sein. Wir müssen stark sein, denn sonst könnten die wirtschaftlich übermächtigen Unternehmer allzu leicht ihre Stärke ausnutzen, um einseitige arbeitsrechtliche Bedingungen zu diktieren.

Das ist kein Rückgriff in die Geschichte, sondern extrem aktuell. Denn wie gut es ist, das Recht gegebenenfalls einzuklagen, zeigt schon die Bilanz 2022 des Hamburger DGB-Rechtsschutzes: Mehr als fünf Millionen Euro wurden erstritten, 28,2 Millionen waren es bundesweit, und 2021 hat das Statistische Bundesamt gut 289.000 erledigte Klagen vor deutschen Arbeitsgerichten gezählt.

Und wenn mich nicht alles täuscht, ist der Trend ungebrochen. Wer „Sicher ist sicher“ zu spießig findet, kann auch auf Neudeutsch argumentieren: „Better safe than sorry“, heißt das dann wohl ...

Hinzukommt dass in immer mehr Tarifverträgen, auch denen der IGBCE, besondere Privilegien nur für unsere Mitglieder vereinbart werden. Und der Anteil steigt weiter, bei denen Mitglieder zum Beispiel zusätzliche freie Tage oder Bonus-Lohnzahlungen erhalten.

Und so schließt sich der Kreis: Je mehr wir sind, desto mehr Chancen haben wir uns durchzusetzen.

Euer

Ju Wolke

DAMIT HIER DIE LICHTER NICHT ERLÖSCHEN: BR-NETZWERK SORGT FÜR BEWEGUNG

Stade // „Wir haben wirklich viel erreicht!“ IGBCE-Sekretär Kim Fleischmann, im Bezirk auch zuständig für das Betriebsratsnetzwerk Industriepark



Stade, ist hochzufrieden: Am Dienstag, 17. Oktober, wird die vom Netzwerk angestoßene Projektgruppe öffentlich zum Standortentwicklungskonzept tagen. Der Landkreis Stade hat mit seiner Wirtschaftsförderungsgesellschaft die Federführung übernommen. Mit dabei sind auch alle einschlägigen regionalen Körperschaften und Wirtschaftsverbände und -institutionen. Besonderer Erfolg, so Thomas Mellin, BR-Chef von Dow: „Im wichtigen Lenkungskreis gibt es eine Drittelparität aus Politik, Unternehmen und IGBCE-Betriebsräten.“ Die Politik engagiert sich bis hinauf zur Landesregierung. Zur Auftaktveranstaltung wird auch Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) erwartet. Sein Haus finanziert das Projekt maßgeblich. Oliver Elsen, BR-Chef von AOS Stade, dankte in diesem Zusammenhang auch der Stader SPD-Landtagsabgeordneten Corinna Lange: „Sie hat wesentlich mit dazu beigetragen, das Projekt in der Politik positiv unterzubringen.“

WAS PLANT DAS MANAGEMENT?

Hamburg // Bei Allnex in Wandsbek gehen die Auseinandersetzungen um die Zukunft des Standorts und der 130 Arbeitsplätze weiter. Betriebsratsvorsitzender Christian



Wolf: „Auch nach nun sechs Monaten des Streits mit den Unternehmensvertretern und trotz der Sommerpause gab es viel zu tun. Wir hatten Besuch von hochrangigen Politikern, und wir beobachten weiterhin streng etwaige Produktionsverlagerungen.“ Ute Sierck, im Bezirk zuständig für Allnex: „Es gab zwei Ansätze einer Produktionsverlagerung, die angeblich nichts mit der Schließung zu tun hatten und die nach einer Diskussion mit dem Management wieder rückgängig gemacht worden sind. Der Betriebsrat hat hier wirklich ein sehr wachsames Auge, welche Produkte wo produziert werden. Im übrigen sind wir immer noch in der Informationsphase der Betriebsänderung.“

So berichtete das Abendblatt:



Auch die Öffentlichkeit ist informiert

Weil: „Strompreis zehn Jahre garantieren“

Niedersachsen Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) plädiert „für eine etwa zehnjährige Garantie eines Strompreises von sieben Cent pro Kilowattstunde“ – aber nur für diejenigen, „die sich wirklich konsequent auf den Weg machen hin zu nachhaltiger klimaschonender Produktion“. Im Interview mit dem „Report“ über er auch Kritik an der Wirtschaftsweisen Veronika Grimm, die prophezeit hatte, das Ende der energieintensiven Produktion in Deutschland werde „so oder so kommen“.



Stephan Weil ist seit Februar 2013 niedersächsischer Ministerpräsident

Unwiderrspochen ist die deutsche Industrie sei angesichts hoher Energiepreise im internationalen Wettbewerb in schwerem Fahrwasser. Was sind für Sie dir drei wichtigsten Argumente für einen Industriestrompreis oder auch Brückenstrompreis?

Wir sprechen in Niedersachsen noch lieber von einem Transformationsstrompreis. Energieintensive Unternehmen benötigen in einer Übergangszeit bis zum erfolgreichen Umstieg auf erneuerbare Energien einen bezahlbaren Strompreis. In dieser Transformationsphase können die Unternehmen nicht gleichzeitig hohe Investitionen zur Sicherstellung einer CO₂-freien Produktion und hohe Strompreise stemmen. Die Unternehmen brauchen Verlässlichkeit, deshalb plädiere ich für eine etwa zehnjährige Garantie eines Strompreises von sieben Cent pro Kilowattstunde für diejenigen, die sich wirklich konsequent auf den Weg machen hin zu nachhaltiger klimaschonender Produktion.



Damit würden in Deutschland viele Arbeitsplätze gegen Abwanderung geschützt und wichtige Wertschöpfungsketten erhalten.

Welche weiteren Möglichkeiten haben Sie für (auch partei- und regionsübergreifende) Allianzen?

In Niedersachsen gibt es schon jetzt eine breite Allianz von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen und Landesregierung. Im Bund wissen wir die SPD-Fraktion und die Fraktion der Grünen im Bundestag auf unserer Seite. Und auch auf der Ministerpräsidenten-Konferenz gibt es bis auf wenige Ausnahmen eine breite Zustimmung zu der Idee des Transformationsstrompreises.

Was entgegenn Sie der Wirtschaftsweisen Veronika Grimm, sie prophezeit ja das Ende der energieintensiven Produktion in Deutschland. Es werde „so oder so kommen“?

Das sehe ich völlig anders. Gerade weil Deutschland sehr konsequent umsteigt auf erneuerbare Energien haben auch energieintensive Unternehmen bei uns eine gute Zukunft. Wir stehen alle gemeinsam in der Verantwortung den CO₂-Ausstoß weltweit zu senken. Deshalb wäre es unverantwortlich, es zuzulassen, dass gerade energieintensive Produktionsprozesse ins Ausland abwandern und dort das Weltklima weiter belasten würden.

„INDUSTRIE MUSS MEHR AUSBILDEN“

Hannover // Kein gutes Zeugnis stellen die Beschäftigten der von der IGBCE vertretenen Branchen ihren Arbeitgebern bei der Ausbildung aus: Die Industrie tut zu wenig, um die duale Ausbildung in Deutschland zu stärken, ist als Arbeitgeberin oft zu wenig attraktiv und besetzt in der Mehrheit nicht mehr alle Ausbildungsplätze, so das harte Ergebnis einer Umfrage der Gewerkschaft.

Unter den Befragten sind 71 Prozent der Meinung, die Industrie tue nicht genug, um die duale Ausbildung zu stärken. Für den eigenen Betrieb sehen das 56 Prozent so. Schon heute könne oder wolle ihr Unternehmen nicht mehr alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen, berichteten 42 Prozent und damit die Mehrheit der Befragten (33 Prozent konnten alle besetzen, 25 Prozent trauten sich keine Einschätzung zu). 74 Prozent der Befragten halten es für „sehr wahrscheinlich“ oder „eher wahrscheinlich“, dass Nachwuchsmangel und die sich weitende Fachkräftelücke langfristig für ihren eigenen Betrieb zur Standortgefahr werden.

IGBCE startet Offensive

Die IGBCE hat deshalb unter dem Motto „Fachkräfte fallen nicht vom Himmel – Ohne Ausbildung keine Zukunft“ eine Offensive gestartet, mit der sie Unternehmen für Unternehmen eine Stärkung der Ausbildung erreichen will.



Alle Ergebnisse:

Worauf Du Dich verlassen kannst: Unser Beistand im Rechtsstreit



Hamburg // Der DGB Hamburg hat im vergangenen Jahr vor Gericht für seine Mitglieder – also auch für klagende IG BCE-Mitglieder – mehr als fünf Millionen Euro erstritten. „Die stolze Summe von mehr als fünf Millionen Euro, die der DGB Rechtsschutz allein in Hamburg für die Beschäftigten vor Gericht erstritten hat, zeigt, wie wichtig es ist, Gewerkschaftsmitglied zu sein, und dass Arbeitgeber ihren Beschäftigten nach wie vor im großen Stil elementare Rechte vorenthalten“, sagte Hamburgs DGB-Chefin Tanja Chawla. Insgesamt hatte der DGB Rechtsschutz rund 1.600 Fälle vor Gericht erfolgreich abschließen können.

Der Schwerpunkt liegt darauf, ausstehende Löhne und Gehälter einzuklagen. Hans-Werner Svensson (Bild), im IG BCE-Bereich Hamburg/Harburg zentraler Ansprechpartner für Rechtsschutzfragen: „Gewerkschaftliche Arbeit ist nicht nur die Schaffung guter Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge, sondern eben auch die Durchsetzung der Rechte der Beschäftigten nicht nur im Arbeitsrecht, sondern auch im Sozialrecht.“

Wo der Schuh am meisten drückt

Kein Ende in Sicht: Im laufenden Jahr, noch liegen nicht alle Daten und Abschlussberichte vor, zeichnet sich weiter eine hohe Inanspruchnahme ab. Im Bereich des IG BCE-Bereichs betrafen die meisten Rechtsberatungen Fragen zum Tarif, gefolgt von Zeugnisprüfungen, Fragen nach Kündigungsfristen und dem betrieblichen Eingliederungsmanagement

sowie Umgruppierungen und Eingruppierungen.

Insgesamt wurden im ersten Halbjahr bereits 75 Klagen eingereicht, davon 48 aus individuellen Rechtsberatungen im Bezirk.

Schwerpunkte sind die Geltendmachung von Sozialplanleistungen und die Geltendmachung von tariflichen Ansprüchen.



Aktuelles Beispiel:

Auch Gewerkschaftssekretärin Ute Sierck, gelernte Anwältin, kennt aus ihrer Praxis viele Fälle, bei denen der Mitgliedsbeitrag gut angelegtes Geld gewesen wäre: „Ich habe wieder jemanden, der einen Aufhebungsvertrag unterschrieben hat und jetzt echt Probleme mit dem alten Arbeitgeber hat, aber leider kein Mitglied ist.“

UND ALLES IST IM BEITRAG ENTHALTEN

Mitgliedschaft in der IG BCE bedeutet auch umfassenden Rechtsschutz. Er gilt für alle Fälle des Arbeits- und Sozialrechts. Mit dieser Stärkung im Rücken bekommen Beschäftigte sofort Hilfe, wenn zum Beispiel Kündigung oder Aufhebungsvertrag ins Haus flattern. Oder wenn die Krankenkasse weniger Krankengeld auszahlen will als erwartet.

Während in solchen Situationen andere Beschäftigte ratlos nach dem „Was nun?“ suchen, gehen IG BCE-Mitglieder zum Rechtsexperten ihrer Gewerkschaft – denn nicht nur die juristische Beratung, sondern auch Gerichtsverfahren sind im Mitgliedsbeitrag inklusive.

Zum Verbund gehört die DGB Rechtsschutz GmbH. Sie steht für eine kompetente und qualitativ hochwertige Rechtsberatung und -vertretung von Gewerkschaftsmitgliedern, Betriebsräten und Personalräten bis in die höchsten Instanzen, sogar vor dem EuGH und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

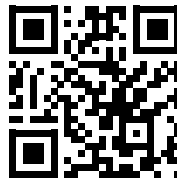
Die ausschließlich Gewerkschaftsmitgliedern vorbehaltene Rechtsberatung und rechtliche Vertretung erfolgt von der Erstberatung bis hin zur Zwangsvollstreckung. Sie ist unabhängig von Streitwerten und allein gewerkschaftlichen Werten wie Gerechtigkeit, sozialem Ausgleich und Solidarität verpflichtet.

KENNEN EURE ATLER SCHON DAS ANGEBOT „KAAT“?

KAAT.net ist das besondere Angebot der IGBCE für Kaufleute, Akademiker*innen und AT-Beschäftigte.

Es ist ein Netzwerk, das Ideen und Menschen verbindet! Interessierte und Mitglieder, Betriebsräte und Vertrauensleute, andere Aktive und Expert*innen der IGBCE. Im Austausch entsteht Mehrwert für alle. Macht mit, damit unser Netzwerk weiterwächst. Mit unserem KAAT-Angebot möchten wir euch einladen, bei euren Themen mitzugestalten! Wenn wir das nicht gemeinsam tun, tun das andere für uns – ohne uns zu fragen. Alle Infos: —————>

KAAT.net
Für kaufmännische, akademische
und außertariflich Beschäftigte.



LAG: Lokale Betriebsräte sind doch zuständig für AT-Bereich

Über Jahre hatten der Shell Betriebsrat Hamburg und die Vertrauensleute versucht, mit dem Arbeitgeber eine Einigung zum Umgang mit den Beschäftigten im AT-Bereich zu erzielen. Jetzt endlich hatten sie Erfolg. Im Interview dazu: Corinna Dohrendorf und Susmit Banerjee, Vertrauensleute und Betriebsräte bei Shell Hamburg.



Susmit, ihr habt einen großen Erfolg vor dem Landesarbeitsgericht erzielt. Worum ging es?

Susmit: Wir wurden vom Arbeitgeber vor Gericht gezogen, weil unser Arbeitgeber stets gesagt hat, für AT-Fragen, also für den „Außertariflichen Bereich“, sei der Gesamtbetriebsrat zuständig, und nicht der lokale. Das ist bei einem großen Unternehmen, wo fast die Hälfte ATler sind, manchmal sehr bequem, es braucht uns vor Ort nicht zu fragen und kann im AT-Bereich vieles an der IGBCE vorbei machen.

Wie seid ihr vorgegangen?

Corinna: Wir verfolgen das ja schon seit Jahren und haben die Einigungsstelle angerufen, die hat bisher fünfmal getagt, ohne dass wir uns geeinigt hätten. Der Arbeitgeber hat immer gesagt, diese Einigungsstelle sei gar nicht

zuständig. Nun haben wir unser Recht im Gericht bekommen. Wir sind zuständig! Unsere Einigungsstelle darf weitermachen.

Was ist euer Anliegen und warum geht es über euren Betrieb hinaus?

Susmit: Zum Beispiel geht es darum, wer mitreden darf, wenn ein AT-Job eingestuft wird. Wir wollen eine „AT-Bewertungskommission“, wie es sie im Tarif-Bereich mit der IGBCE gibt. Außerdem wollen wir mehr Mitbestimmung beim Entgelt! Zwar entscheidet der Arbeitgeber im AT-Bereich alleine – ohne IGBCE –, um wie viel Prozent die Gehälter steigen. Aber wenn es darum geht, dieses Geld zu verteilen, muss er mit uns als lokalem Betriebsrat verhandeln, nicht mit dem Gesamtbetriebsrat. Und wir sind näher dran an unseren Kolleginnen und Kollegen.

Wie geht es weiter?

Corinna: Wir freuen uns über die rechtliche Sicherheit. Das Landesarbeitsgericht hat keine Rechtsbeschwerde mehr zugelassen. Nun gehen wir zuversichtlich in die Einigungsstelle. Es geht um eine Reform des AT-Systems im Sinne der Beschäftigten.

Az.: 6TaBV 2/22

VERBANDSKLAGE BEIM ARBEITSRECHT IN SICHT?

Hamburg // Justizsenatorin Anna Gallina (Grüne) fordert ein Verbandsklagerecht, mit dem arbeitsrechtliche Ansprüche von Beschäftigten einfacher durchgesetzt werden können. „Zweifel an der Auslegung und Anwendung von Vorschriften etwa zu Bezahlung oder Arbeitsbedingungen betreffen eine Vielzahl von Arbeitsverhältnissen und führen wie im Verbraucherschutzrecht zu Massenverfahren“, sagte Gallina. „Ich möchte, dass die Möglichkeiten zur einheitlichen Klärung gleichgelagerter Rechtsstreitigkeiten hier erweitert werden.“

In einem Beschlussvorschlag an ihre Länderkollegen fordert Gallina laut „Handelsblatt“ die Einsetzung einer Arbeitsgruppe. Diese soll gemeinsam mit dem Bundesjustiz- und dem Bundesarbeitsministerium die Einführung einer „Verbandsklage im arbeitsgerichtlichen Verfahren“ prüfen und konkrete Vorschläge ausarbeiten. „Es geht um den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, sagte Gallina, die ihren Vorstoß am 11. November bei der Justizministerkonferenz in Berlin vorstellen will. Schon 2018, als die Bundesregierung die Musterfeststellungsklage im Zivilprozess einführt, hatte der DGB gefordert, diese nicht allein auf den Verbraucherschutz zu beschränken, sondern auch eine arbeitsrechtliche Verbandsklage einzuführen. Kollektiver Rechtsschutz sei erforderlich, weil der einzelne Arbeitnehmer dem Arbeitgeber strukturell unterlegen sei.

Wieder große Beteiligung bei der Jugend-Party in Stade



Fix was los, wenn die IGBCE Jugend zum SUP nach Stade einlädt. Ob am Lande (oben) und auf dem Wasser (unten).

Stade // Sommer, Sonne, fix was los: Mehr als 40 junge IGBCE-Mitglieder folgten der Einladung des Bezirksjugendausschusses und von Bezirks-Jugendsekretär Julien Tolg nach Stade. Sie kamen zum großen Grillen und SUP-Fahren. Bei bestem Wetter wurde nicht nur gefeiert, sondern es gab auch viele Informationen und einen Gedankenaustausch. Julien: „Netzwerken ist immer wichtig!“ Die Organisatoren freuten sich besonders darüber, dass besonders viele junge Kolleginnen und Kollegen aus den lokalen und regionalen Unternehmen gekommen waren, unabhängig davon, ob sie nun schon der IGBCE beigetreten sind.



Bunte Aktion beim CSD Hamburg



Tolle Stimmung, tolles Zeichen und das Wetter hatte auch mitgespielt: Eine große Gruppe der IGBCE Jugend Hamburg begleitete die Wagen von DGB, ver.di und IG BAU am Christopher Street Day 2023 in Hamburg. Nach Angaben der Polizei demonstrierten etwa 225.000 Menschen, 25.000 standen am Straßenrand und schauten zu.

Das CSD-Motto lautet dieses Jahr „Auf die Straße! Vielfalt statt Gewalt“. Es nimmt Bezug auf die wachsende Gewalt gegenüber queeren Menschen. Bundesweit seien 2021 mehr als 1.000 Straftaten von Hasskriminalität gegenüber Menschen der queeren Community polizeilich gemeldet worden, in Hamburg seien es mit 67 Straftaten mehr als doppelt so viele wie im Jahr zuvor gewesen, so der Verein Hamburg Pride.



AZUBI-GRILLEN MIT DER IGBCE



ALLE AZUBIS SIND EINGELADEN!

FÜR ESSEN UND
GETRÄNKE WIRD
GESORGT

Meldet euch an und sagt uns
euren Essenswunsch!



Wir freuen uns auf euch!

22.09.23
AB 16 UHR
DGB-HAUS
HAMBURG

GUT ZU WISSEN: NOCH MEHR ARGUMENTE FÜR DIE UNTERSCHRIFT



Gute Tarifverträge, Rechtsschutz, politische Interessenvertretung – das ist noch längst nicht alles. Hier eine Auswahl unserer weiteren Vorteile exklusiv für Mitglieder.

Wir bieten ein umfassendes **Bildungsangebot**. Ob online, als Web-Seminar oder in Präsenz. Das Beste: Die Seminare sind für Mitglieder der IG BCE komplett kostenfrei. Je nach Gesetzgebung der Bundesländer sind die Bildungsangebote der IG BCE bildungsurlaubsfähig.

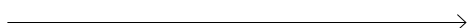
Schon gewusst? Jedes Mitglied der IG BCE erhält nach 12 Monaten eine **Freizeitunfallversicherung**. Und das Beste: Die Leistungen (u. a. Krankenhaustagegeld) sind bereits im Mitgliedsbeitrag erhalten. Weitere Informationen zu den umfangreichen Leistungen erfährst du in unserer Broschüre.

Bonus-Agenur: Mit über 590.000 Mitgliedern ist die IG BCE eine starke Gemeinschaft. Mit zahlreichen Kooperationspartnern haben wir für unsere Mitglieder besondere Konditionen ausgehandelt. Das Angebot wird stetig erweitert.

Möchtest du weitere exklusive Informationen auf dein Handy bekommen? Mit unserer **Mitglieder-App** hast du den direkten Zugang zu deiner IG BCE. Alle Infos findest du auf unserer Seite zur Mitglieder-App.

Der **IG BCE-Newsletter** bietet dir umfangreiche Informationen aus den Themenfeldern Tarif, Rechtsschutz, Politik, Region und vieles mehr. Einfach anmelden.

Alle Vorteile und weitere Informationen:



PREMIUMKINO FÜR UNSERE BESTEN:



Wir laden unsere drei besten Werber*innen des Monats August als Belohnung ein, in der Astor Film Lounge in der Hamburger HafenCity einen entspannten und stressfreien Abend erleben. Höchste Standards bei der technischen Ausstattung, dem Komfort und natürlich dem Service machen den Besuch zu einem echten Erlebnis. Ledersessel mit großzügigem Reihenabstand, beste Bild- und Tonqualität, Service am Platz sowie eine ganz besondere Filmauswahl gehören dazu.

Wer erfolgreich wirbt, bekommt die Geschenkbox Deluxe mit zwei Kino- und zwei Getränkegutscheinen, einem Gutschein für Fingerfood, Popcorn und eine Filmdose als Souvenir.

*

Vorn im laufenden Wettbewerb für die Kino-Gutscheine:

Jonas Alexander von Holt (Olin Germany Upstream GmbH & Co. KG), **Janina Zawalski** (Medac Gesellschaft für klinische Spezialpräparate) und **Stefan Eder** (Hermes Schleifmittel GmbH).

*

Guten Appetit!

Wieder hat das Los entschieden! Restaurantgutscheine in Höhe von je 75 Euro gehen an **Olaf Wüpperling** (Vibracoustic SE & Co. KG), **Malte Hartz** (Vibalogics GmbH) und **Necmettin Pamuk** (Federal-Mogul Bremsbelag GmbH).

Danke sehr und herzlichen Glückwunsch!

*

Zusatzaktion

Bis zum 30. September läuft eine andere Aktion: Neue Mitglieder und ihre Werber*innen bekommen noch ein Willkommensgeschenk: Entweder einen SACKit WOOFit Bluetooth Lautsprecher oder eine WMF Wasser Karaffe Basic für 1,0 l.

*

Azubi-Werbung

Außerdem läuft noch der Wettbewerb speziell für die Werbung neuer Azubis. Es gibt Reisegutscheine!

Wird vom Bezirk ausgefüllt

Mitgliedsnr. Werber*in (7-stellig)

Bezirksnr. (3-stellig)

Beitragshöhe (5-stellig)

Betriebsnr. (7-stellig)

Ortsgruppennr. (6-stellig)



Eintrittsdatum IGBCE *

Übertritt/Vorgewerkschaft

Eintrittsgrund

Mtl. Bruttoeinkommen/Eingruppierung *

Vollzeit Teilzeit

Beschäftigt bei *

PLZ und Ort *

Personalnummer

Abteilung

Werber*in

BEITRITTSERKLÄRUNG UND EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Vorname *

Name *

Geburtsdatum *

Geschlecht *

Nationalität (freiwillig)

Land

PLZ und Wohnort *

Straße und Hausnummer *

E-Mail *

PRIVAT

Telefon/Mobil *

E-Mail

DIENSTLICH

Telefon/Mobil

BERUFSGRUPPE (ZUTREFFENDES ANKREUZEN)

- | | |
|---|---|
| 01 <input type="checkbox"/> AT-Angestellte*r | 08 <input type="checkbox"/> Leiharbeiter |
| 02 <input type="checkbox"/> Ausbilder*in | 09 <input type="checkbox"/> Leitende*r Angestellte*r |
| 03 <input type="checkbox"/> Mitarbeiter*in im Außendienst | 10 <input type="checkbox"/> Meister*in |
| 04 <input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin | 11 <input type="checkbox"/> Chemotechniker*in und Laborant*in, Chemikant*in |
| 05 <input type="checkbox"/> Handwerker*in und Facharbeiter*in | 12 <input type="checkbox"/> Angelernte, Hilfs-Facharbeiter |
| 06 <input type="checkbox"/> Ingenieure | 13 <input type="checkbox"/> Sonstige: |
| 07 <input type="checkbox"/> Kaufmännische Angest. und Büroangest. | <input type="checkbox"/> Schüler*in/Student*in |
| | <input type="checkbox"/> _____ |
| | 14 <input type="checkbox"/> Technische*r Angestellte*r |

Ausbildungsbeginn *

Ausbildungsende *

Art der Ausbildung

-
- Ausbildung
-
- Berufsvorbereitung
-
- Duales Studium

INFORMATIONEN ZUM DATENSCHUTZ

Die IGBCE verarbeitet die Angaben in dieser Beitrittserklärung ausschließlich zu Zwecken der Mitgliederverwaltung, Mitgliederbetreuung, Mitgliederinformation, zur Beitragsberechnung und zum Beitragseinzug sowie zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben. Diese Angaben sind hierfür zwingend erforderlich; ohne ein vollständig ausgefülltes Formular kann die IGBCE die Beitrittserklärung nicht bearbeiten. Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b, 9 Abs. 2 lit. d DS-GVO. Die Angaben werden zu den vorgenannten Zwecken von der IGBCE für die Dauer der Mitgliedschaft verarbeitet, ggf. auch darüber hinaus, soweit entsprechende gesetzliche Aufbewahrungsfristen bestehen. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt.

Sie haben das Recht, in dem nach Art. 15 ff. DS-GVO vorgesehenen Umfang, jederzeit Auskunft über Ihre von der IGBCE verarbeiteten Daten zu verlangen, sowie deren Berichtigung oder Löschung zu verlangen. Sie haben überdies ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde. Ausführliche Hinweise zum Datenschutz finden Sie hier: <https://igbce.de/datenschutz-mitglied>. Fragen und Beschwerden bearbeitet auch der/die Datenschutzbeauftragte der IGBCE unter datenschutz@igbce.de.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich der IGBCE bei und erkenne die Satzung der IGBCE als für mich verbindlich an.

Ich versichere, dass meine Angaben in diesem Beitrittsformular zutreffend sind und nehme den Datenschutzhinweis zur Kenntnis.

Ort und Datum *

Unterschrift *

* verpflichtende Felder

Sofern das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet ist, benötigen wir die Unterschrift deiner/s Erziehungsberechtigten.

IGBCE

Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE13BCE00000131364

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats

Mandatsreferenz: (Mandatsreferenz = Mitgliedsnummer)**SEPA-Lastschriftmandat**

Ich ermächtige die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsweise (zum Ankreuzen)

Die Mitgliedsbeiträge sind grds. monatlich, jeweils am 01. des Folgemonats fällig. Mit Zustimmung des jeweils zuständigen Bezirks kann eine Zahlung aber auch nach den unten angegebenen Zahlungsrhythmen erfolgen. Der Bezirk kann die Zustimmung jederzeit widerrufen.

 monatlich vierteljährlich 1. eines Monats

 halbjährlich 15. eines Monats jährlich

Name und Vorname (Kontoinhaber*in)

Straße und Hausnummer

PLZ und Wohnort

IBAN

BIC

Ort und Datum

Unterschrift

Sofern das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet ist, benötigen wir die Unterschrift deiner/s Erziehungsberechtigten.